

Zuwanderung – Herausforderungen für den Wohnungsmarkt

Die Zuwanderung nach Nordrhein-Westfalen hat in den vergangenen Jahren stark zugenommen. 2010 kamen 27.400 Menschen an, 2011 waren es 52.600 und 2012 sogar 69.300. Den Großteil dieser Zuzügler zieht es in das Ruhrgebiet, weil die Mieten dort noch vergleichsweise niedrig sind. Unter dem Titel „Zuwanderung in das Ruhrgebiet – Herausforderungen für den Wohnungsmarkt“ organisierte der Landesverband NRW im März eine Diskussionsveranstaltung. Ziel war es, die unterschiedlichen Akteure aus den kommunalen Wohnungsämtern, den Immobiliengesellschaften, den kommunalen Wohnungsbaugesellschaften und des Deutschen Mieterbundes an einen Tisch zu bringen, um über aktuelle Probleme und Lösungsansätze zu diesem Thema zu diskutieren.

Aufhänger der Veranstaltung war ein Modellprojekt zur Integration von Roma in Berlin-Neukölln. Hier kaufte Benjamin Marx, Projektleiter der Aachener Siedlungs- und Wohnungsgesellschaft, im Jahr 2012 eine „Schrottimmoblie“ mit 137 Wohnungen und ließ sie auf vorbildliche Weise sanieren. Heute wohnen in dem Haus 90 Roma-Familien, zu denen 220 Kinder gehören. Damit keine Parallelgesellschaften entstehen, werden freiwerdende Wohnungen nicht an Nachzügler vermietet. Hierbei handelt es sich um nur eine Maßnahme von vielen, die Bernhard von Grünberg, Vorsitzender des Deutschen Mieterbundes NRW, den rund 50 Teilnehmerinnen und Teilnehmern vorstellte, und mit der die Wohnanlage, die zunächst mit völlig verunreinigten Innenhöfen in die Schlagzei-



len geraten war, zu einem Vorzeigeprojekt wurde. Darüber hinaus ließ Marx den Müll abholen, organisierte einen Brieföffnerservice und überprüfte die Mietverträge, um herauszufinden, ob diejenigen, die gemietet haben, auch tatsächlich dort wohnen.

Im Anschluss an das Projekt Neukölln stellte Anton Rütten von der Abteilung Integration aus dem Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales NRW die Maßnahmen der Landesregierung zur Unterstützung der von Armutszuwanderung aus Südosteuropa besonders betroffenen Kommunen vor. „Neben einer zentralen Fachlaufstelle wird der Einsatz von Integrationslotsen sowie deren Qualifizierung und Koordinierung in den Kommunen mit einem Fördervolumen von bis zu 750.000 Euro unterstützt“, machte Rüt-

ten deutlich. Weitere Maßnahmen seien die Umsetzung des Wohnungsaufsichtsgesetzes zur Vermeidung miserabler Wohnsituationen und die Verbesserung der Integration auf dem Arbeitsmarkt; hierfür stünden in den

Jahren 2013 und 2014 jeweils 4,5 Millionen Euro an Fördermitteln aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) zur Verfügung.

Dr. Utz Brömmerkamp, Geschäftsführer der Duisburger Baugesellschaft mbH, sieht sein Unternehmen in der sozialen Verantwortung, um die Stadt Duisburg als Alleingesellschafterin bei der Unterbringung zuwandernder EU-Bürger, insbesondere aus Rumänien und Bulgarien, zu unterstützen; machte aber auch gleichzeitig deutlich: „Wir dürfen über unseren sozialen Auftrag nicht die gleichwertigen Interessen unserer Gesellschafterin außer Acht lassen, mit Gewinnerzielungsabsicht und dabei möglichst profitabel zu wirtschaften.“

Die Teilnehmer der Veranstaltung sahen in dem ersten Treffen ein wichtiges Signal, um das Thema „Zuwanderung in das Ruhrgebiet“ auch weiterhin gemeinsam positiv zu beeinflussen. So soll der einmal angestoßene Dialog mit den Akteuren auch in Zukunft fortgesetzt werden. ■

NRW tritt auf die Mietpreisbremse

Die Kappungsgrenzenverordnung wird zum 1. Juni 2014 in Kraft treten. Dies hat am 21. Mai das Landeskabinett beschlossen. Danach wird die Kappungsgrenze in 59 Gemeinden bei der Anpassung von bestehenden Mietverträgen an die ortsübliche Vergleichsmiete auf 15 Prozent begrenzt. Der Landesverband hätte sich eine landesweite Geltung der gesenkten Kappungsgrenze gewünscht, da sie für überzogene Mieterhöhungsverlangen unterhalb der ortsüblichen Vergleichsmiete gelten soll. Diese Fälle kommen aber insbesondere in Gebieten mit nicht angespannten Wohnungsmärkten vor. „Im Übrigen hätte man sich den bürokratischen Aufwand zugunsten von mehr Rechtssicherheit gespart“, machte Bernhard von Grünberg, Vorsitzender des DMB NRW deutlich. Für die beschlossene Regelung hatte sich der Landesverband eine Differenzierung nach Wohnungsmärkten in den Gemeinden gewünscht, um den unterschiedlichen Teilmärkten gerecht zu werden.